

*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*
*****SOWJETUNION UND
OSTEUROPA

*(1)

Die achte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen über "Normalisierung"

Die siebten Normalisierungsgespräche hatten im Oktober 1985 in Beijing stattgefunden. Die achte Runde folgte diesmal in Moskau, und zwar vom 7.-14. April. Delegationsleiter waren wiederum die beiden Vizeaußenminister Qian Qichen und Leonid Ilyichew. Im Kommuniqué hieß es, daß beide Seiten Gespräche in einer "offenen, ruhigen und ernststen Atmosphäre" geführt hätten (XNA, 15.4.86). Konkrete Ergebnisse allerdings hat es wiederum nicht gegeben, nachdem China weiterhin auf seinen drei Bedingungen (sowjetischer Truppenabzug von der nordchinesischen Grenze, Afghanistan- und Indochina-Frage) besteht und die Sowjetunion sich darauf nicht einlassen will. Immerhin habe man feststellen können, daß sich die sonstigen Beziehungen "auf vielen Gebieten" verbessert hätten: Fortschritte im ökonomischen (wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen) Bereich, Stillstand in der Politik - dies ist die Formel. Immerhin konnte Qian in Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnaze feststellen, daß die Interessen beider Staaten in einigen Punkten objektiv übereinstimmen, z.B. beim "Kampf für den Frieden und den Sozialismus sowie gegen die Gefahr eines Atomkriegs, gegen das Wettrüsten und insbesondere gegen die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum".

Bei den Gesprächen war die chinesische Seite mit dem sowjetischen Vorschlag einer Gipfelkonferenz konfrontiert worden. Er wurde am Ende wiederum mit dem Hinweis auf die "drei Bedingungen" abgelehnt.

Am 2. April erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß die Beseitigung der Hindernisse für die Normalisierung den Interessen dritter Länder keinen

Schaden zufüge. Vielmehr solle die Normalisierung der bilateralen Beziehungen gerade Fehlverhalten korrigieren, das den Interessen dritter Länder schade; sie werde für alle beteiligten Seiten von Nutzen sein.

Offensichtlich hat das chinesische Außenministerium eine solche Erklärung für nötig gehalten, weil man den Hinweis Gorbatschows vor dem XXVII. Parteitag kommentieren wollte, daß nämlich die Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen den Interessen eines dritten Landes nicht schaden dürfe. Sollte Gorbatschow damit freilich Vietnam oder Afghanistan gemeint haben, so wären die chinesischen Erklärungen mit Skepsis zu betrachten.

In den Monaten zwischen der siebten und der achten Gesprächsrunde hatte es - neben der schnellen Zunahme der beiderseitigen Außenwirtschaftsbeziehungen - zwei wichtige politische Ereignisse gegeben:

- Vom 10.-18. Oktober hatte eine Delegation des Obersten Sowjets auf Einladung des Ständigen Ausschusses des NVK die VR China besucht - nach 20jähriger Unterbrechung! Man tauschte Meinungen über die parlamentarische Arbeit, über internationale Fragen und vor allem über bilaterale Beziehungen aus. Beide Seiten sollten ihre Beziehungen auf der "Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz" weiterentwickeln. (Von "proletarischem Internationalismus" war, im Gegensatz zu früher, also nicht mehr die Rede!) (XNA, 14.10.85)

- Im Dezember besuchte der sowjetische Vize-Außenminister Michail Kapiza 9 Tage lang die Volksrepublik. Er setzte den im Herbst 1983 eröffneten Dialog über internationale Fragen fort, der parallel zu den 1982 wiederaufgenommenen Normalisierungsgesprächen läuft. Gesprächspartner war sein Amtskollege Qian Qichen. Unter anderem wurde die Frage des Austauschs von Besuchen beider Außenminister erörtert, es wurden jedoch keine Termine festgelegt (XNA, 18.12.85). Von beiden Seiten wurde das Jahr 1985 als höchst bedeutsam für die bilateralen Beziehungen eingeschätzt.

- Fast zur gleichen Zeit auch, nämlich ebenfalls Ende Dezember, reiste der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng in die UdSSR, wo ihn die Gastgeber erneut des "aufrechten Strebens" der UdSSR nach einer "ernsthaften Verbesserung" der beiderseitigen Beziehungen versicherten. Einige Wochen später teilte Li einer amerikanischen Besuchergruppe mit, daß die beiden Staaten Nachbarn, jedoch keine

Verbündeten seien (BRu 1986, Nr.17, S.8f.).

Anfang April 1986 wurde der frühere langjährige Botschafter bei den Vereinten Nationen, Oleg Trojanowski, zum neuen Botschafter seines Landes in der Volksrepublik ernannt. Trojanowski löst den 73jährigen Ilja Schtscherbakow ab, der seit Juli 1978 Botschafter in China war. Trojanowski hat auch Asienereisungen; er war von 1967-1976 Botschafter in Japan.

Auch sonst gab es eine Reihe von Zugeständnissen:

- Im März kam es zu einer Vereinbarung, daß zwei neue Eisenbahnverbindungen zwischen der Sowjetunion und Xinjiang gebaut werden sollen (XNA nach SWB, 25.3.86).

- Vom 20. Mai 1986 ab dürfen sowjetische Handelsschiffe wieder den Hafen Tongjiang in Nordostchina anlaufen. Der nur 5 km von der sowjetischen Grenze entfernte, in der Provinz Heilongjiang gelegene Hafen war in den fünfziger Jahren ein wichtiger Umschlagplatz im sowjetisch-chinesischen Warenaustausch, dann aber, im Zeichen der Konflikte zwischen Beijing und Moskau, Ende der sechziger Jahre für die sowjetische Handelsflotte geschlossen worden. Der Hafen Tongjiang liegt am Zusammenfluß der Flüsse Amur (Heilongjiang), Ussuri (Wusuli) und Songhujiang. Vorarbeiten dafür waren bereits bei der 28. Sitzung der sino-sowjetischen Kommission für die Schifffahrt auf den gemeinsamen Grenzflüssen getroffen worden. Dabei konnte man sich auch über Sicherheitsmaßnahmen auf den Schifffahrtskanälen einigen (XNA, 22.3.86).

- Im Februar 1986 hielt sich eine Gruppe von fünf sowjetischen Universitätspräsidenten zu Gesprächen in China auf, um über Möglichkeiten für eine engere Kooperation beider Länder im Erziehungs- und Bildungswesen zu beraten. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß beide Regierungen gegenwärtig die Unterzeichnung eines Protokolls für kulturelle Zusammenarbeit vorbereiten.

- Ebenfalls im Februar 1986 wurden Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Meteorologie und der Umwelt getroffen.

- Auch die Kulturbeziehungen beginnen wieder anzulaufen. Ende 1985 führte die VBA eine Oper auf, die während des 2. Weltkriegs in der Sowjetunion Erfolg hatte ("Die Dämmerung ist ruhig hier"). Bei der Einstudierung hatten sowjetische Theaterfachleute Hilfe geleistet. Das zentrale Fernsehen strahlte ferner mehrere sowjetische Filme

aus, so den Streifen "Die zweite Staffel", der die industriellen Reformen der Sowjetunion beschreibt, und "Alexander Junior", einen sowjetischen Film, der im 2. Weltkrieg spielt. Auch "Die Schlacht von Stalingrad" und "Ein großer Wendepunkt" wurden im ganzen Lande gezeigt.

- Mit Beifall nimmt die chinesische Presse die vom XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossene "umfassende Reform" des sowjetischen Wirtschaftssystems zur Kenntnis. In den letzten 15 Jahren sei es der Sowjetunion nicht gelungen, ihre Fünfjahrespläne zu erfüllen. Landwirtschaft und Industrie hätten nur geringe Gewinne erbracht und die wissenschaftliche und technologische Entwicklung sei schleppend und langsam. Schuld daran seien die starren und rigiden Verwaltungsmethoden und der enorme Bürokratismus, der kaum Eigeninitiative zulasse. Wirtschaftsreformen seien bereits 1982 unter Andropow vorgeschlagen, jedoch erst jetzt unter Gorbatschow wieder aufgegriffen worden. In den letzten Jahren habe es starke Personalveränderungen im Kreml und in den lokalen Regierungen gegeben. Etwa 150 Spitzenfunktionäre seien 1985 aus ihren Positionen entlassen worden. Das neue ZK habe 44% neue Mitglieder und 59% neue Kandidaten aufgenommen (XNA, 17.3.86). Den Chinesen kommt dies alles bekannt vor, da sie mit 6 Jahren Vorsprung an die Reformen von Strukturen gegangen sind, die ja vom Sowjetmodell beeinflusst waren (XNA, 27.3.86).

- Wie jedes Jahr wurden auch im Februar 1986 anlässlich des 68. Jahrestags der Rote-Armee-Gründung Feiern in China abgehalten und Kränze an den Gräbern gefallener Sowjetsoldaten niedergelegt (XNA, 22. und 24.2.86).

- Ein gutes Ende nahm auch die Entführung einer sowjetischen Verkehrsmaschine im Dezember 1985 durch einen 33jährigen Ko-Piloten. Am 19. Dezember 1984 war, wie es in einer sowjetischen Verlautbarung hieß, durch die "Gewaltaktion eines bewaffneten Verbrechers" eine Antonow-24-Maschine zur Kursänderung und Landung im nordöstlichen Teil der Volksrepublik, d.h. in Westheilongjiang, gezwungen worden. Die chinesischen Behörden leiteten daraufhin sofort "Maßnahmen zur Auffindung" des Flugzeugs ein und sorgten obendrein dafür, daß Passagiere und Besatzung so schnell wie möglich heimkehren konnten.

Der Flugzeugführer selbst wurde durch ein Harbinger Volksgericht am 4. März 1986 zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt (XNA, 6.3.86).

- Weniger positiv ist die Bilanz bei den Parteibeziehungen: Am 31. März 1986 gab der Sprecher der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen, Wu Xingtang, bekannt, daß Beziehungen zwischen der KPCh und der KPdSU einstweilen nicht in Frage kämen. Vor einer Normalisierung müßten die "bekanntesten drei großen Hindernisse" aus dem Weg geräumt werden (XNA, nach SWB, 2.4.86).
-we-

*(2)

Wirtschafts- und Technologieverhandlungen mit der Sowjetunion

Vom 15.-18. März besuchte der 1. stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, Archipow, der bereits im Dezember 1983 nach Beijing gekommen war, erneut die VR China und nahm u.a. an der "Ersten Sitzung der sowjetisch-chinesischen Kommission für Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie" teil. Archipow war einer der Koordinatoren der chinesisch-sowjetischen Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren und ist einer der wichtigsten Aktivposten, die die Sowjetunion bei der Verbesserung des bilateralen Verhältnisses einbringen kann.

Archipow informierte die chinesische Seite über die grundlegenden Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU, bei der auch positive Chinaerklärungen abgegeben worden waren (dazu C.a., Februar 1986, Ü 2).

Die Kommission untersuchte eine breite Palette von Fragen, die sich bei der Verwirklichung von 3 Abkommen ergeben, nämlich des Regierungsabkommens über Handel und Zahlungen, des Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vom 28. Dezember 1984, des Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit beim Bau und bei der Modernisierung von Projekten in China und des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit.

Das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern hat 1985 die Höhe von 1,9 Mrd. US\$ erklommen und war damit um 60% gegenüber 1984 gestiegen. Beide Seiten stellten fest, daß es bei der Kooperation noch ein "riesiges Potential" gebe (so z.B. Vizepremier Li Peng) (XNA, 17.3.86).

Am Rande der Unterzeichnung wurde betont, daß beide Seiten trotz fortbestehender politischer Kontroversen sich bemühen würden, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Archipow wurde am 18. März auch von Ministerpräsident Zhao Ziyang

empfangen. Zhao wiederholte die ambivalente Bewertung des beiderseitigen Verhältnisses: wirtschaftlich laufe alles bestens, im politischen Bereich seien zwischen beiden Ländern jedoch bisher noch keine wesentlichen Resultate erzielt worden.

Beide Völker könnten als Nachbarn auf eine "traditionelle Freundschaft" zurückblicken. Archipow sei ein alter Freund des chinesischen Volkes, der jederzeit willkommen sei.

Neben dem erwähnten Protokoll über die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik wurde am 21. März in Beijing auch ein Abkommen über den Austausch von Ingenieuren und Technikern geschlossen.

Am gleichen Tag auch schloß die 28. Sitzung der chinesisch-sowjetischen Kommission für die Schifffahrt auf den Grenzflüssen, die am 5. März begonnen hatte und in Harbin abgehalten worden war (2 Dokumente, XNA, 22.3.86)

Zwei Monate früher, nämlich am 23.1.1986, war zwischen Vertretern beider Länder das übliche Protokoll über den Waren- und Zahlungsverkehr für das laufende Jahr unterzeichnet worden.

Beide Seiten hatten ferner Briefe über den Grenzhandel zwischen der chinesischen Autonomen Region Xinjiang und den fünf benachbarten sowjetischen Republiken und anderen Regionen ausgetauscht.
-we-

*(3)

Chinesischer Kommentar zum Reaktorunfall von Tschernobyl

Am 26. April ereignete sich im Atomkraftwerk Tschernobyl (rd. 130 km von der ukrainischen Hauptstadt Kiew entfernt) eine chemische Explosion im Reaktor Nr. 4, die einen sogenannten Super-GAU verursachte. Zwischen 1971 und 1984 hatten sich zwar in 14 Ländern bereits 151 Unfälle abgespielt, doch nirgends gab es bisher eine Katastrophe vergleichbaren Ausmaßes, schlimmer noch: die Sowjetunion begann erst am 28. April über diesen Unfall zu berichten, nachdem sie vorher von etlichen Ländern bloßgestellt worden war. Großbritannien, Finnland, Österreich, die Bundesrepublik und einige andere Länder schickten Flugzeuge nach Kiew, um ihre Staatsangehörigen auszufliegen.

In den ersten Wochen nach dem Unfall mußten 84.000 Menschen evakuiert werden, 13 starben und rd. 300 wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Ganz Europa hatte unter der Strahlenbelastung zu leiden, die mit den Regenfronten hin und her geschoben wurde.

Der chinesische Kommentar zu diesem Ereignis enthält keinen Tadel gegenüber der Sowjetunion, sondern stellt nüchtern fest, daß der "Reaktorunfall die sowjetische Atomindustrie zurückwirft". Tschernobyl liefere etwa die Hälfte des in der Ukraine benötigten Stroms. Nach Schätzungen ausländischer Experten kostet die Stilllegung des beschädigten Kraftwerkes die Sowjetunion täglich 4 Mio. US\$. Gleichzeitig hätten alle 15 Reaktoren des gleichen Typs in der ganzen UdSSR abgeschaltet werden müssen. Somit gingen also täglich mehrere 10 Mio. US\$ verloren.

Dies alles bremsen eine Entwicklung, die 1954 begonnen habe. 1985 arbeiteten 40 Reaktoren mit einer Kapazität von insgesamt 28 MW in der UdSSR. Mit 155 Mrd. kWh bestritten die KKW ein Zehntel der gesamten sowjetischen Stromerzeugung. Nach den USA und Frankreich war die Sowjetunion 1985 der drittgrößte Atomenergieproduzent der Welt. Ursprünglich hatte die Sowjetunion geplant, ihre Atomenergieerzeugung bis 1990 zu verdoppeln und bis zum Jahr 2000 zu verdreifachen, was bedeutet hätte, daß der Atomstrom 1990 bereits 20% der gesamten Energieproduktion ausgemacht hätte.

Diese ergeizigen Pläne aber seien, wie gesagt, durch den Reaktorunfall gestört worden. Die sowjetische Atomindustrie werde um "einige Jahre zurückgeworfen". Der Unfall von Tschernobyl werde die Sowjetunion zweifellos dazu zwingen, über die Notwendigkeit von "Containments" (Ummantelung mit Stahlbeton) nachzudenken und das Notkühlsystem ihrer Kernkraftwerke zu verbessern. Neben der Verbesserung ihrer Druckröhren-Reaktoren müsse möglicherweise auch die Entwicklung moderner Leichtwasser-Reaktoren gefördert werden. Dies jedoch erfordere hohe Investitionen und die Verbesserung der Technologien. Hiermit aber komme eine zusätzliche Belastung auf die ohnehin geschwächte sowjetische Wirtschaft zu.

Andererseits sei nicht anzunehmen, daß der Reaktorunfall die sowjetische Führung dazu veranlasse, ihr Atomprogramm aufzugeben; handle es sich hier doch um einen wichtigen Bestandteil der langfristigen Strategie Moskaus, um den ständig steigenden Energiebedarf im Inland zu decken und gleichzeitig den Westen im Bereich der Nukleartechnologien einzuholen (BRu 1986, Nr. 21, S. 12f).

Diese Ausführungen verdienen insofern Beachtung, als hier Überlegungen mitschwingen, die die Chinesen offensichtlich auch für sich selbst anstellen.

Vor wenigen Monaten erst hat die VR China - zumindest einstweilen - darauf verzichtet, einen über viele Monate ausgehandelten Vertrag über die Lieferung von 2 Kernkraftblöcken mit der deutschen KWU zu unterzeichnen. KWU war deshalb als Partner bevorzugt worden, weil die Blöcke in Sunan, in der Nähe von Shanghai, erstellt werden sollten, wo Sicherheit besonders groß geschrieben werden muß.

Die Absage hing offensichtlich mit Devisenüberlegungen für den Zeitraum des 7. Fünfjahresplanes zusammen. Es gab aber auch Gerüchte, daß andere Konkurrenten, möglicherweise sogar die Sowjetunion, wegen ihrer billigeren Angebote das Rennen machten. Auch die USA waren ins Gespräch gekommen - mit ihnen war erst am 23. Juli 1985 ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearenergie geschlossen worden (XNA, 31.12.85).

Am 18. März war es zur Unterzeichnung eines sino-sowjetischen Abkommens gekommen, dessen Einzelheiten allerdings nicht mitgeteilt werden (XNA, 19.3.86)

Noch Anfang April hatte der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng mitgeteilt, China strebe eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernkraft an. In Kürze würden chinesische Experten zur Besichtigung von Kernkraftwerken in die Sowjetunion reisen. Gleichzeitig wies Li jedoch auf ähnliche Studienreisen chinesischer Experten nach Brasilien und in die USA hin. China werde versuchen, bei der Verwirklichung seines Atomprogramms weitgehend auf eigenen Beinen zu gehen. Die Wasser- und Kohlekraftwerke müßten in der Volksrepublik nach wie vor eine wichtige Rolle spielen und würden von der Kernkraft keineswegs verdrängt. Kernenergie bleibe m. a. W. auf eine "Ergänzungsfunktion" beschränkt. Li Peng bezog sich bei diesen Ausführungen auf Absprachen mit dem 1. stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow vom März 1986.

Nahezu alle chinesischen Atomkraftexperten waren während der fünfziger Jahre in der Sowjetunion ausgebildet worden. Aufgrund dieser sowjetischen Hilfe waren die Chinesen auch in der Lage, 1964 ihre erste Atombombe zu zünden.

Möglicherweise veranlaßt die Entwicklung von Tschernobyl die Chinesen nunmehr, sich wieder über

das KWU-Angebot verstärkt Gedanken zu machen. -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

*

*

*(4)

Sommerzeit nun auch in China

"Um den internationalen Austausch zu verbessern", beschloß China, zum erstenmal die Sommerzeit einzuführen, und zwar vom 4. Mai bis zum 14. September. Alle Uhren sollen in dieser Zeit eine Stunde vorgestellt werden. Die Nachrichtenstationen wurden angewiesen, in der Zeitangabe nicht mehr von "Beijing-Zeit", sondern von "Beijing-Sommerzeit" zu sprechen (XNA, 30.4.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(5)

Gesetzesamt des Staatsrats gegründet

Auf Beschluß des Staatsrats (Zentralregierung) wurde im April 1986 das Gesetzesamt des Staatsrats (guowuyuan fazhi ju) eingerichtet. Das nun direkt dem Kabinett unterstehende Gesetzesamt entstand durch die Zusammenlegung der Hauptabteilung für Gesetze unter dem Hauptbüro des Staatsrats mit dem Forschungszentrum des Staatsrats für Wirtschaftsgesetzgebung. Das Gesetzesamt des Staatsrats ist verantwortlich für die Verwaltung der gesamten gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats. Es soll die Arbeit aller Staatsratsorgane auf diesem Gebiet überblicken, organisieren, koordinieren und konkret anleiten. Dementsprechend hat das neugeschaffene Gesetzesamt des Staatsrats hauptsächlich folgende Aufgaben:

- Planung und Organisierung der gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats;
- Überprüfung der von den verschiedenen Staatsratsorganen erarbeiteten Entwürfe für Gesetze und Verwaltungsbestimmungen;
- Entwurf von wichtigen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen;
- Archivierung von Gesetzen und Bestimmungen und Zusammenstellung einer Gesetzessammlung;
- wissenschaftliche Kontakte und Beratungen mit in- und ausländischen Wirtschaftsjuristen. (RMRB, 16.5.86)

Wie umfangreich die Arbeit des Gesetzesamts des Staatsrats ist, wird daraus ersichtlich, daß der Staatsrat allein in diesem Jahr 162 Gesetze und Bestimmungen entwerfen, ausarbeiten oder endgültig beschlie-